

Runkasische Post

СРЕДНО-ЕВРОПЕЙСКА
ПОШТА

Die Geschäftsstelle befindet sich in der Wohnung des Vorstehers des R. P. des Verb. d. transk. Deutschen, E. Tröber: Tiflis, 2. Stadtteil, Subaloff-Straße (frühere Malo-Sudbenaia) Nr. 11, I. Etage.

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonnabend
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich am Sonnabend).

Geschäftsstunden: wöchentlich von 9—11 Uhr vorm. — Sprechstunde der Redaktion: daselbst — werkt. von 6—7 Uhr abends.

Nr. 24.

Tiflis, Sonnabend, den 17. September 1921.

13. Jahrgang.

Veränderung von Ausgabestellen der „Runk. Post“.

Auf Beschluß des Vorstands der Ortsgruppe Tiflis ist die Ausgabestelle W. F. Tröber (Barjatinakaja 6) in das Optische Magazin B. Hornig (Kustaweli-Propj. 11) verlegt und die Ausgabestelle Kugler (Pleschanoff-Propj.) geschlossen worden.

Katharinenfeld, am 23. 8. 21.

II.

Bei all diesem Rämpfen und Ringen auf wirtschaftl. Gebiet wurde keinen Augenblick die Pflicht dem eigenen Volkstum gegenüber vergessen. Gleich nach dem Umsturz, wo es fast unmöglich war, sich in der veränderten Lage zu rechtzufinden, weil der Plan und das System der neuen Ordnung nicht deutlich zu erkennen waren, fand sich gar mancher, der unter der Fahne der Gleichheit Unheil zu stiften versuchte. Doch können wir freudig feststellen, daß parallel mit dem Wachsen der Macht der Regierung auch hier im Kreise eine „Generalreinigung mit eisernem Beien“ vor sich ging. So entstand z. B. im März eine ganze Kette von Mitarbeitergruppen mit der Katharinenfelder Jugend, was schließlich die Auflösung des Katharinenfelder Jünglingsvereins und die Requirierung seines Gebäudes mitsamt dem Inventar für den kommunistischen Jugendverband des Kreises zur Folge hatte. Die Jugend war eingeschüchtert, verschüchtert, zum Teil verfolgt. Mit tiefer Beihmut, jedoch mit ernstem, entschlossenem Willen, die nationale Ehre zu verteidigen und als wahre Bürger dieses Staates zu erfordern bis zu den höchsten Stellen vorzubringen, schaute jeder ehrliche Katharinenfelder hiebei den Dingen zu. Unsere Hoffnungen sollten nicht enttäuscht werden, denn sehr bald machte sich auf diesem Gebiete das Zentrum hier geltend. Es traten Leute auf, die es versuchten, in unser Seelenleben einzubringen, und sehr bald unsere Begriffe von Ehre, Volkskultur und Selbstbewusstsein erschufen. Sie begannen, uns dementsprechend als kleines Völkchen in der Fremde zu behandeln und zu würdigen. Der Leitung der Gemeinde ist es gelungen, mehrere solche zu gewinnen (möge Sowjet-Georgien in Balde Hunderttausende solcher Männer aufzuweisen haben) und mit ihrer Hilfe manchen Bedränger und Bedrückter unserer Kolonisten unschädlich zu machen. Als erste Tatsache würdiger Anerkennung unserer Ehre wurde schon nach 3 Monaten, Ende Juli, der Katharinenfelder Jünglingsverein wiedereröffnet, und war damit manchen Wachsenstufen die Spitze abgebrochen. Obwohl er in seiner Tätigkeit einfließen noch unter Kontrolle steht, hat er diese in Anbetracht seiner edlen und erhabenen Ziele nie und nimmer zu fürchten. Mit freudiger, ungeschuldigster Begeisterung und wachsendem Vertrauen zum neuen Staate schaut unsere Jugend großen Mutes in die Zukunft. — Zum feierlichen Gedenktage beehren uns mit ihrem Besuch: der Deutsche Gesandte Rauscher und die Mitglieder der Regierung Swandje, Glawa u. a. Wer geneckt hierbei nicht noch heute mit Entzücken der „Grünen Platte“? Das Edelste hatte sich dort zum Schwur erhoben, „gute Bürger der neuen Heimat Georgien und ergebene Söhne des so schwer bedrängten, großen deutschen Volkes zu sein und zu bleiben“.

Großes wurde auf dem Gebiete des Schulwesens geleistet. Die Anstellungsbedingungen vom vorigen Jahre wurden mit der Abänderung, daß das Quantum Weizen unter Berücksichtigung der heuer so überaus schlechten Broternte mit 25—30% reduziert und als Ersatz dafür

Wein eingestuft wurde (mit Einwilligung der Lehrerschaft), von der Gemeinde durchgeführt. Bei 700 Kinder werden im neuen Schuljahre in 17 Abteilungen (darunter 2 für Kinder anderer Nationen) unterrichtet. Das Ganze steht im Gegensatz zu früher unter einer Leitung, d. h. wir haben eine höhere Elementarschule und eine sehr große Elementarschule als deren Fundament. Mit Genehmigung der entsprechenden Kreisbehörde ist schließlich noch bei unserer Gemeindevverwaltung eine Abteilung für Schul- und Bildungsweesen eingerichtet worden (Leiter: Lehrer R. Guttenlocher).

Ganz unerwartet für die abseits Stehenden wurde auch endlich einmal (ich hoffe für ewige Zeiten) die Frage eines anhängigen Schulgebäudes kategorisch entschieden. Das prächtige Pastorat, inmitten der Kolonie, das von der Komm. Partei und sonstigen Institutionen besetzt war, wurde nach mehrmaligen Vorstellungen der Gemeindevleitung unserer Schule überlassen. Die Komm. Partei hat das alte Pastorat eingenommen und damit bewiesen, daß ihr an der Bildungssache wahrhaftig etwas gelegen ist.

Das Alter ist wohl nicht immer mit uns einverstanden, denn das Wirksamkeit der Jugend, im Vorwärtsdrängen, kommt den Alten manchmal recht teuer zu stehen. Doch das Alter muß uns halt verzeihen, wenn wir es — oder vielleicht es uns — nicht mehr so recht verstehen. Die Alten mögen nur verüchern: sein, daß wir auf dem rechten Wege vorwärts gehen und nicht irren werden.

Eine Bedeutung hat auch die Gründung eines „Kulturvereins“, die am 3.—5. 8. stattgefunden hat. Möge er blühen und gedeihen und sich mehr als bis jetzt bemerkbar machen!

Mit inniger Verehrung wurde auch das Wiedererscheinen der „Runk. Post“ aufgenommen, und an jeden, der hierbei mitgewirkt hat, sowohl diejenigen, die zur Erreichung dessen beigetragen haben, als auch an diejenigen, welche die Erlaubnis zur Herausgabe des Blattes erteilt haben, möge hier besonders gedacht werden.

Unser letzter Gemeindebeschluß vom 12. 8. hat bewiesen, wie einzig die Jugend und das mittlere Alter sind, denn mit einem Schläge wurden sie, bildlich gesprochen, unter einen Baum gesammelt. . . .

Allen, allen, die es ehrlich und aufrichtig meinen, rufe ich zu: „Haltet fest die Hände, rückt die Reihen enger zusammen und laßt uns siegen!“ Unseren kommunistischen Freunden aber rufe ich zu: „Schaut das Werk unseres kleinen Häufchens nicht so misstrauisch an, wenn ihr es manchmal scheinbar auch nicht verstehen könnt; nicht es doch gleich euch nur das Gute der Menschheit, jedoch bei strenger Wahrung seiner Ehre. Wollt ihr abtreten, daß wir euch mächtig stützen? Gleichdunkelnde Freunde! Schlaf nicht! Klafft euch auf zum Rämpfen und Ringen, zum Stehen und Fallen, beim Aufbau eines so mächtigen, edlen Werkes von Geist und Kultur. Es ist nicht minder ehrenwert und „ausgleichend“, wenn wir aus tiefer Seele aufrichtig und edel an der Quelle wahrer Volkskraft wie einst unser Schiller dort austrinken können: „Seid unschuldigen, Millionen, diesen Ruß der ganzen Welt...!“
Eruß Kimmerle.

Berichtigung. — Die im vorigen Abschnitt (1.) obigen Eingangsabsatze angegebene Ziffer 100 000, als Wert der bei Reparatur der Brücke über den Rauscher angeführten Arbeiten, ist irrig wiedergegeben. Es sind nämlich im Verlaufe 3 Monaten fortgesetzt worden. Die Ziffer ist also zu lesen: 100 000 000 (100 Millionen)!

Die Schriftleitung.

Neueste politische Nachrichten.

Die Newyorker Presse stellt mit Genugtuung fest, daß die jüngsten Vorgänge in Deutschland (Waffenfundungen etc.) die „Beständigkeit der deutschen republikanischen Verfassung“ erklären.

Der Reichskanzler Dr. Wirth erklärte dem Berliner Berichtler der „Londoner Daily Mail“, daß ein monarchistischer Putsch gegenwärtig nicht zu befürchten sei, aber die deutsche Regierung über trotzdem die größte Wachsamkeit. Das deutsche Volk mache sich allmählich die demokratischen Grundzüge zu eigen, ungeachtet der monarchistischen Deharbeit. Nicht alle Bayern seien Monarchisten und nicht alle Monarchisten — Bayern. Er sei für eine friedliche Ausschaltung der Schwierigkeiten mit Bayern, sowohl hinsichtlich der Entwaflnung, als auch in bezug auf die Auflösung der Selbstschutzorganisationen. Der Reichskanzler erklärte weiter, daß die ersten Wiedergutmachungsabmachungen nur mit großer Mühe zu ermöglichen gewesen seien, wodurch auch das rasche Fallen des Markturises bedingt erscheine. Deutschland werde unentwegt alles aufbieten, um die von ihm beanspruchten Arbeiten und Zahlungen fortgesetzt zu leisten, in der Erwartung einer baldigen betriebenden Entscheidung der obersten Angelegenheit und einer baldigen Aufhebung der sog. „Sanktionen“ (Sicherheiten) in dem besetzten Gebiet (Abeinzollgrenze etc.).

Einer nicht-amtlichen „Havas“-Melbung zufolge, hat Deutschland die am 31. August fällig gewesene erste Milliarde Goldmark beglichen.

Die deutsche Regierung hat dem Bureau des Völkerbundes bisher 35 Verträge zur Nachprüfung und Veröffentlichung vorgelegt, in Gemäßheit der diesbezüglichen Bestimmung des Versailler Friedensvertrages.

Die französischen Okkupationsbehörden im Rheinland verlangen 24 Millionen Mark für Einrichtung eines franz. Artillerieparkes in der rheinischen Stadt Godesberg (südöstlich von Köln).

Das gesamte bayerische Kabinett hat infolge Rücktritts des Ministerpräsidenten v. Raab und des Justizministers ... demissioniert.

Der polnische Oberbefehlshaber an der oberösterreichischen Front General Haller hat wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten Piłsudski seinen Abschied genommen. Er ist durch General Szeptycki, den früheren Generalgouverneur von Lublin, ersetzt worden.

Die französischen und englischen Ergänzungstruppen für Oberschlesien sind in Döppeln eingetroffen.

Eine polnische Delegation aus dem Kreis Rybnik hat bei der Internationalen Kommission (in Oberschlesien) die Berechtigung derselben mit Deutschland beantragt. Ähnliche Schritte werden aus Nikolai und Plesch gebildet. Offenbar handelt es sich hierbei um polnische Sozialisten, denn in einem Rundspruch vom Tage vorher heißt es: „An Rybnik erklärten sich die poln. Sozialisten einmütig mit den deutschen Sozialisten gemeinsam abgehaltenen Meeting für eine gemeinsame Aktion mit letzteren zugunsten des Anschlusses Oberschlesiens an Deutschland.“ — Ueber Döpplesien ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Ein englisches Geschwader, bestehend aus 4 leichteren Kreuzern und 9 Torpedobooten, ist in Danzig (Grenzbucht) eingelaufen.

Die Londoner „Times“ berichten aus Warschau, daß

die finanzielle Not, die Verteuerung der Lebenshaltung, die unausführlichen Streiks etc. zur Stärkung des kommunistischen Einflusses auf die Massen in ganz Polen beigetragen haben. — Der polnische Finanzminister Landel hat demissioniert.

Der Chef der französischen Militärmission in Polen, General Nessel, ist offiziell zum Chef des polnischen Generalstabes ernannt worden.

Den „Times“ wird aus Kalkutta berichtet, daß die Lage in Indien äußerst ernst sei, da der Aufstand sich über die angrenzenden Gebiete auszubreiten beginnt.

Nach einem Bericht aus Riga sollen 48 000 halbverhungerte und halbnackte Kinder aus dem Wolgagebiet in Tscheljabinsk für den Abtransport nach Sibirien gesammelt werden.

Der „Schutz“ der deutschen Minderheit in Polen.

Am 28. Jan. 1919, dem Tage des Friedensvertrages, haben in Versailles die Alliierten und Assoziierten Mächte in Erfüllung der Artikel 96 und 93 des Friedensvertrages mit der Republik Polen einen Vertrag geschlossen, in dem in erster Reihe Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten in den von Deutschland an Polen abgetretenen Gebieten und in Polen überhaupt getroffen wurden. Im Artikel 2 dieses Vertrags wird allen Bewohnern Polens ohne Unterscheid von Geburt, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion volle Sicherheit des Lebens und der Freiheit, im Artikel 7 wird ihnen Gleichheit vor dem Gesetze zugesagt. Nur nebenbei soll erwähnt werden, daß nach Artikel 12 diese Bestimmungen für Polen von völkerrightlichen Verpflichtungen darstellend und unter dem Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Kurze Zeit nach der Bestätigung der ehemals preussischen Gebiete durch Polen hat der polnische Staatspräsident Pilsudski in Warschau vor einer deutschen Abordnung sich feierlich zu diesen Verpflichtungen Polens bekannt. Noch vor wenigen Wochen war dieses Bekenntnis in Bromberg wiederholt, noch in ihm der Vorlesung des Deutschstummbundes der abgetretenen Gebiete, Landrat Naumann, in einer längeren Ansprache die zahlreichen Beschwerden und Benachteiligungen, unter denen die Deutschen in Polen leiden, vorgetragen hatte.

Nr. 1 und 2 der hier nachfolgenden Schriftstücke enthalten: einen Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, in dem sich die ursprünglichen Bedingungen des Staatspräsidenten Pilsudski, und einen Artikel des „Polen-Tageblatts“, in dem sich die Rede des Vorlesenden des Deutschstummbundes und ein Auszug aus der hierauf erteilten Antwort finden.

Unmittelbar nachdem der Staatspräsident in Bromberg auf die Vorstellungen des Herrn Naumann geantwortet hatte, haben in Dittow, einer in der ehemaligen Provinz Posen gelegenen Stadt, Vorfälle stattgefunden, welche mit wahrhaft erschütternder Deutlichkeit zeigen, bis zu welchem Grade den Deutschen in den an Polen abgetretenen Gebieten alle Rechtssicherheit verloren gegangen ist, in welchem Maße ihr Leben, ihre Gesundheit, ihr Eigentum schuflos der Raub- und Willkür des polnischen Raubvolkes preisgegeben sind. Das nachfolgende Schriftstück Nr. 3 ist eine diese Vorfälle betreffende Note der Deutschen Regierung nebst beiliegendem Bericht, während das Schriftstück Nr. 4 einen auf einwandsfreiem Material beruhenden Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über eben diese Vorkommnisse wiedergibt. Nr. 5 enthält einen telegraphischen Bericht aus Posen, aus dem sich ergibt, in welchem Maße die in Dittow begonnene Deutsche weitere Kreise zieht und namentlich gegen die Anführer auf dem flachen Lande und gegen jüdische Geschäftsleute in den Städten immer schärfere Formen annimmt. Die Schriftstücke Nr. 6 und Nr. 7 endlich enthalten den Text von Flugblättern — Nr. 7 die Uebersetzung des polnischen Originals —, die am den 20. Juni 1921 in Posen unter der deutschen Arbeitererschaft verteilt und deutschen Einwohnern ins Haus gebracht worden sind. Trotz sofortiger Beschwerde des deutschen Konsulats ist gegen die Person nach bekannten Verfasser und Verbreiter der Blätter von seiten der polnischen Behörden nichts unternommen worden.

Aus dem Schriftstück Nr. 4 ist zugleich zu entnehmen, wie geringfügig im Bereiche zu dem, was Deutsche in Polen leiden, die Vergehensfälle sind, die den polnischen Behauptungen, es handle sich auf polnischer Seite um eine erklärbare Volkserregung, zugrunde liegen. In Wirklichkeit ist in Deutschland gegenüber der polnischen Bevölkerung nie etwas geschehen oder gesagt worden, was sich an Rache und Gen erwidern mit der Dittow'er Heche oder mit dem Tone der Posener Flugblätter vergleichen ließe. Noch weniger ist die Abwanderung von hundert oder zweihundert polnischen Arbeitern aus deutschen Industriegebieten in jenem gewaltigen durch polnische Unterdrückung und Willkür hervorgerufenen Auszug zu vergleichen, der bisher über 300 000 Deutsche veranlaßt hat, die alten Wohnstätten in dem an Polen abgetretenen Gebiete, zum Teil unter Aufopferung der gesamten Habe, aufzugeben und nach dem Deutschen Reich zu flüchten.

* * *

Pilsudskis „Versprechungen“.

(Aus Nr. 276 der „Deutschen Allg. Ztg.“ v. 16. Juni 1921.)

Die Rede des polnischen Staatspräsidenten, Marcsalls Pilsudski, durch die ehemals preussischen Gebiete Polens gab den Deutschen in Bromberg die längst erwünschte Gelegenheit, dem Präsidenten die Beschwerden und Wünsche vorzutragen, welche die Behandlung der Deutschen in Polen als Bürger zweiter Klasse und Rechtslose hervorgerufen hat. In seiner Antwort auf die Ansprache des Vorlesenden des Deutschstummbundes, Landrat a. D. Naumann, gab der Präsident des Völkerbundes, einen Sonderkommisar zur Entgegennahme der Beschwerden und zu deren Prüfung zu entsenden und sich nach Kenntnisnahme des Materials im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Macht dafür einzusetzen daß den Deutschen ihr Recht werde. Er sei getragen von dem Wunsche, der Gerechtigkeit überall Geltung zu verschaffen.

Die Botschaft hört man wohl, allein es fehlt der Glaube. Bereits vor etwa 1 1/2 Jahren, wenige Monate nach der Bekehrung der ehemals preussischen Teilgebiete durch die Polen, mußte Pilsudski in Warschau eine deutsche Abordnung, die ihn zahlreiche Klagen der deutschen Bevölkerung wertig, und schon damals versprach er Behandlung der Deutschen als gleichberechtigte Staatsbürger. Und was ist aus den damaligen Versprechungen geworden? Was ist aus den Zusicherungen geworden, die am 30. Juni 1919, nach der Unterzeichnung des Versailleser Vertrages, der oberste polnische Volkerrat als Mandatar der polnischen Regierung in einem Aufsatze in feierlicher Form abgab? Die Antwort darauf gibt die Rede des Herrn Naumann, die natürlich nur in großen Zügen ein Bild von der verwerflichen Lage des Deutschstums in Polen zeichnen und nur die alleräußersten Verhältnisse gegen die geschätztesten Rechte der Deutschen ansprechen konnte. Wenn von polnischer Seite als Grund für die hier zu betriebsene Unterdrückungspolitik, die es bewirkt hat, daß im Zeitraum von noch nicht zwei Jahren über 300 000 Deutsche aus diesen Gebieten abgewandert sind, immer wieder angeführt wird, daß die Deutschen im ehemaligen Posen und Westpreußen beabsichtigten, Träger einer Freveldata zu werden, so legte der Sprecher der Deutschen gegen solche Unterstellungen Verwahrung ein. Die Deutschen sahen ihren Stolz darin, durch ihr Blut und ihre Kultur der großen deutschen Volksgemeinschaft anzugehören, und das Recht auf die Pflege dieser Gemeinschaft hatte und werde ihnen niemand wegnehmen. Ganz unabhängig davon sei die staatsbürgerliche Zugehörigkeit. Die Rede gab ein erschütterndes Bild von der gerabegru vollkommene Rechtslosigkeit der Deutschen auf allen Gebieten des staatsbürgerlichen Lebens und war keine Anklage gegen einzelne Behörden und Personen, sondern das Entschlossen der Verrechnungspflicht wurde schonungslos an den Pranger gestellt. Es ist ganz gleich, ob es sich um einen Arbeiter, Handwerker, Kaufmann, Bauer, Großgrundbesitzer oder ehemals reichsumittelbaren Standesherrn handelt. Die deutsche Stammeszugehörigkeit genügt, um den Betroffenen rechtlos zu einem Staatsbürger 2. Klasse zu machen.

Aus der Fülle des Materials seien nur die ekelhaftesten Rechtsverletzungen angeführt. Die deutschen Arbeiter werden brotlos gemacht. Weigern sich Arbeiter, dem auf sie ausgeübten Druck zu weichen, so scheidet man auch nicht vor Anwendung von Gewalt zurück. Die nach Behtau-

ferden zählenden Arbeiter werden ihres Rechts auf staatsbürgerlichen Schutz beraubt. Eine besondere Kategorie von Deutschen scheinen die staatslosen deutschen Dominiensächter zu sein, über deren Notlage ich wiederholt berichtet wurde. Auch der Kaufmann und Handwerker kann sich seines Besitzes nicht mehr in Sicherheit erfreuen. In der selbst in Weise, wie gegen die Einzelperson oder Familie vorgegangen wird, so auch gegen die juristischen Personen, die aus dem staatslosen Bürgern des polnischen Staates zusammengefaßt sind. Die Genossenschaften werden unter Zwangsverwaltung gestellt und ohne die Entscheidung über die etwaige Liquidierbarkeit des Unternehmens abzurufen, wird der Zwangsverwalter beantragt, die Genossenschaft durch zwangsweise Aufnahme von polnischen Genossen zu polonisieren.

Wieder sind alle Klagen der Deutschen nutzlos gewesen, auch die Beschwerden an den Rat des Völkerbundes hat kein Echo gefunden. Von all den Zusicherungen und Versprechungen von polnischer Seite ist tatsächlich nichts gehalten worden. Jetzt hat der Präsident der polnischen Republik sein Wort verpfändet. Mit welchem Erfolge, wird erst die Zukunft lehren. Sollte auch diese letzte Hoffnung enttäuscht werden, dann würde sich Polen selbst aus der Liste der Kulturstaaten endgültig streichen.

(Fortsetzung folgt.)

Bermischte Nachrichten

Die Lebensmittelpreise in Deutschland sind im August im Verhältnis zu denen des Juli um 83% gestiegen.

Die Leipziger Herbstmesse wurde an den beiden ersten Tagen von 105 000 Personen besucht. Die Abschüsse auf Textil-, Metall- und Gummiwaren sind befriedigend.

In Anbetracht dessen, daß die deutschen Kohlenarbeiter eine Lohnerhöhung fordern, beabsichtigt die Reichskohlenkommission, die Kohlenpreise hinauf zu setzen.

Die diesjährige Getreibeernte in Frankreich wird von dem franz. Landwirtschaftsministerium entgegen den Mitteilungen in der Presse (vgl. Nr. 22 d. „R. P.“) als überaus günstig bezeichnet. Eine solche Ernte sei in Jahrzehnten nicht dagewesen. Sie betrage 87 Millionen Hektar.

Die polnische Presse betont den Ernst der Wirtschaftslage Polens infolge des Eisenbahnstreiks, der sich immer weiter ausbreitet und auch schon das Warschauer Eisenbahnen ergriffen habe. Die stillen ein erhebliches Fehlen der polnischen Valuta und ein Steigen der Lebensmittelpreise in ganz Polen sei.

Hunger in den deutschen Wolgatkolonien.

Von zuverlässiger Seite wird uns hierzu geschrieben: „Die Hungersnot die in diesem Jahre mehrere Gouvernements Russlands betroffen hat, waltet am intensivsten in deutschen Gebiete an der Wolga.“

In Herbst 1920 und im Frühjahr 1921 wurde ganz wenig ausgesät, wegen Mangel an Samen. Dazu stellte sich in diesem Jahre noch die große Dürre. Bis zum 15. Juni d. J. hat die Regierungsdeutsche Kommission für Bekämpfung des Hungers festgestellt, daß 70% der Ackerbau verloren ist. Der andere Teil hätte der geringeren Witterung noch 349 860 Lad gehen können, was — auf eine 450 000 köpfige Bevölkerung verteilt — 21 Pfund pro Seele im Jahr ausgemacht haben würde. Jedoch günstige Witterung ist nicht eingetreten, sodaß auch dieses Quantum nicht gerettet wurde.

Bis zum 15. 6. waren in deutschen Gebiete 300 000 (299 000) Hungende, die Mehrzahl der Hungernden sind Bauern. Man lebt jetzt direkt von Gemüse, wo solches vorhanden ist; die Mehrzahl nährt sich von Heilmäulern, Pfeifern u. s. w. Hungende Kinder laufen auf den Straßen umher und suchen verschiedene Abfälle auf, was mit ihnen Hunger stillen. In manchen Dörfern konnten täglich bis 20 Todesfälle durch Hunger vor. In diesem Uebel haben sich noch Cholera und Typhus eingeschleppt, die täglich reife Ernte halten. Man verkauft alles, was sich verkaufen läßt, für Spottpreise, sogar ganze Gebäude mit Hof und allem möglichen werden für 15 Rubel Korn verkauft, auch das alles, um nur irgendeine form Leben zu frillen.

Um dieser Not zu entgehen, verlassen viele Bauern per Axt ihr Hab und Gut. Man zieht nach Taschkent, nach dem Rufangebiet und Kaukasus, doch schon halbwegs bleibt die Mehrzahl liegen; sie verlieren ihr wenig, können dann nicht weiter vorwärts und nicht rückwärts und finden endlich ihr Ende durch Hunger oder Cholera. Manche haben noch Mittel und kehren wieder zurück, um wenigstens sich in der Fremde herben zu müssen. Eine gesetzliche Auswanderung wurde vom Zentrum abgeschlagen.

Um die Bevölkerung im Jahre 1922 vor dem Hunger zu schützen, müssen in diesem Herbst 230 000 Dessj. befaßt werden, dazu sind 1 050 000 Pud Samen nötig. Es ist fraglich, ob man dieses Quantum bekommt, dann ist es aber auch unmöglich, es zur rechten Zeit an Ort und Stelle zu bringen. Von einer Frühjahrssaat im Jahre 1922 kann keine Rede sein, denn weder Menschen noch Vieh werden imstande sein, das Land zu bearbeiten.

Die Lage der deutschen Kolonisten ist eine sehr schwere, die man weder mit Worten, noch in Bildern wiedergeben kann." G. G.

Die Genossenschaftspolitik der Sowjetregierung.

I. Die Entstehung des Genossenschaftswesens in Russland fällt in die Zeit der 1860er Jahre, als nach der Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft sich in der russischen Gesellschaft eine fortschrittliche Stimmung lebhaft bemerkbar machte. Die damals gegründeten Genossenschaften entsprangen jedoch mehr einem Drang nach gesellschaftlicher Betätigung, als einem wirklichen Bedürfnisse nach ihnen. — Das Dorf führte hauptsächlich Naturalwirtschaft und bedürfte keiner städtischen Erzeugnisse, in der Stadt aber gab es nur wenig Arbeiter und die Teuerung machte sich noch nicht erst fühlbar. Die Existenzbedingungen für Genossenschaften waren meist noch nicht vorhanden; dazu kam noch, daß jegliche gesellschaftl. Betätigung von der damal. Obrigkeit ungern gesehen wurde. Die meisten der Genossenschaften haben daher auch nicht lange bestanden. Im Laufe der folgenden 2 Jahrzehnte hat die Genossenschaftsbewegung in Russland auch keine wesentlichen Fortschritte gemacht, und erst zum Beginn der 90er Jahre gestalteten sich die Verhältnisse günstiger. Die Bauern begannen mehr und mehr als Käufer städtischer Erzeugnisse aufzutreten, in den Städten war die Einwohnerzahl und auch die Zahl der Arbeiter beträchtlich gewachsen, und ein Kampf mit der allmählich sich greifenden Teuerung wurde notwendig. Die Zahl der Genossenschaftsgründungen wuchs denn auch beträchtlich. Im Jahre 1896 fand in Nischni Nowgorod ein Kongreß der Konsumgenossenschaften statt, auf dem ein Normalstatut für Genossenschaften ausgearbeitet wurde, welches im folgenden Jahre von der Regierung bestätigt wurde. Die Bedingungen zur Registrierung wurden erleichtert; es genügte die Betätigung durch den Gouverneur, an Stelle der früher notwendigen mittleren Behörde. Die Zahl der Registrierungen begann rasch zu wachsen, wobei 60% derselben auf Konsumgenossenschaften entfielen. — Allmählich machte sich ein Streben der Genossenschaften nach Zusammenfluß zu großem gemeinsamer Arbeit bemerkbar; als erster entstand im Jahre 1898 der Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften, welcher in der weiteren Entwicklung des Genossenschaftswesens in Russland eine große Rolle spielen sollte. Der Verband begann mit einer bescheidenen Vermittlerarbeit und konnte nach fast 10-jährigen Wirken sein eigenes Vorratslager zur Versorgung seiner Mitglieder-Genossenschaften errichten. Gleichzeitig suchte der Verband seit seiner Entstehung, die Fern des Genossenschaftswesens zu verbreiten und das Interesse für dasselbe zu wecken. Zu diesem Zwecke gab er seit 1903 eine Zeitschrift „Совоскоп“ heraus und gründete im J. 1906 ein Sekretariat, welches Vorlesungen über Genossenschaftsfragen veranstaltete und für die Ausgabe und Verbreitung von Zeitschriften sowie sonstiger Literatur über verschiedene Fragen des Genossenschaftswesens sorgte. Die Zahl der zum Verbands gehörigen Genossenschaften stieg von 18 im Gründungsjahre bis auf 1026 zum Schlusse des Jahres 1913. — Eine besonders rege Tätigkeit im russischen Genossenschaftswesen begann im Jahre 1905, dem Jahre der ersten russischen Revolution. Im Laufe der folgenden 8 Jahre bis zum Jahre 1913 wurden nicht we-

niger als 9554 Neugründungen verzeichnet, von denen dann schon 86% auf die Dorfgenossenschaften entfielen, die übrigen aber in der Mehrzahl Arbeiterkooperative waren. — Im J. 1908 fand ein allrussischer Kongreß der Genossenschaften statt, der seine Wirkung auf die weitere Entwicklung der ganzen Bewegung nicht verfehlte. Von großer Bedeutung war auch die Gründung der „Volksbank“ im Jahre 1912, die speziell den Interessen der Genossenschaften diente, von ihnen Spareinlagen annahm, verschiedene Kreditoperationen ausführte, sowie durch eine besondere Warenabteilung auch Einkäufe von landwirtschaftl. Geräten, Sämereien, Düngemitteln etc für ihre Klienten besorgte. Ein neuer 1913 zusammenberufener Kongreß der Genossenschaften entwarf ein besonderes Genossenschaftsgesetz und ordnete die Frage der Genossenschaftsverbände. Die Provinzialverbände, auch der Petersburger, von denen viele sich bald nach dem Moskauer Verbande gebildet hatten, traten alle als Mitglieder dem Moskauer Verbande bei, der somit zu einem allrussischen Zentralverbande der Konsumgenossenschaften (Zentrossojus), Verband der Verbände, wurde. Der Zentrossojus wurde nicht nur zur zentralen Einkaufsstelle der Genossenschaften von ganz Russland, sondern war auch bestrebt, allmählich zur Eigenproduktion überzugehen, zu welchem letzterem Zwecke er unter anderem einige große Mühlen, Schuh- u. Hündholzfabriken etc. erwarb und sich noch auf anderen Produktionsgebieten zu betätigen begann. Auch die anderen Genossenschaftsarten, die Kreditvereine und die landwirtschaftlichen Genossenschaften, bildeten ihre Zentralen. Die Zahl aller Genossenschaften war zu Beginn des Jahres 1914 bis auf rund 31 000 angewachsen. Die Not, welche durch den Weltkrieg herbeigeführt wurde, schuf selbstverständlich einen günstigen Boden für die Entstehung von Genossenschaften, und zum Ende des Jahres 1917 hatte die Gesamtzahl der Genossenschaften die beträchtliche Höhe von ca. 54 000 erreicht, von denen 16 500 auf die Kreditgenossenschaften, 11 500 auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften und 25 000 nur einer Mitgliederzahl von 8—9 Millionen auf die Konsumgenossenschaften entfielen. Die Genossenschaften hatten ihre Tätigkeit sogar bis ins Ausland ausgedehnt, und die Zentralen hatten ihre Vertretungen in verschiedenen Geschäftszentren Europas und Amerikas eröffnet.

(Fortsetzung folgt.)

Letlands Wirtschaftslage.

Wir haben in der vorigen Nummer eine Minutgenauerung der „Rig. Rundschau“ über die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenflusses der vormals russ. Gouvernements, namentlich selbständigen baltischen Staaten Lettland („Latwija“) und Estland („Estl.“), wiedergegeben. Wie dringend ein solches Bündnis ist — das Gleiche wird von den Transkaukasus-Russisten behauptet, die unter der russischen Herrschaft ebenfalls eine wirtschaftliche Einheit bilden —, erhellt für Lettland merklich, als einer Darstellung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage dieses Landes, das den größten (südlichen) Teil Livlands und ganz Kurland einschließt, die wir in № 28 der „Weber-Zeitung“ (Veisija), vom 9. Juli d. J., finden und, weil sie durchaus im Einklang mit verschiedenen anderen und gelegentlich von privater Seite zugegangenen Mitteilungen steht, unseren Lesern — nach Bornahme einiger Kürzungen — nicht vorenthalten zu dürfen meinen, sei es auch nur um der oben angegebenen Analogie (Ähnlichkeit) willen.

Von allen neuentstandenen osteuropäischen Staaten ist Lettland in wirtschaftlicher Hinsicht nächst Polen wohl am schlimmsten dran. Das Land ist fast aller Naturreichtümer barm, und außer den auf äußerste ausgedehnten Wäldern und dem im Preise sehr hochstehenden Flachsbau ist es nichts aufzuweisen. Außerdem haben der Belästigung und seine Nachbarn Lettland zu einer wirtschaftlichen Wüste mit einer gänzlich zerstörten Industrie und einem völlig lahmgelegenen Handel gemacht, in dem nur noch einzelne kleine Dänen übrig geblieben sind.

Und jetzt, nach 2 1/2-jährigem Bestehen des lettlandischen Staates, ist zwar schon alles zur Festigung der äußeren Lage des Landes geschehen, doch die wirtschaftliche Lage ist immer noch recht trübsalig. Solange aber das Land

in wirtschaftlicher Beziehung von parteipolitischen Standpunkt aus regiert wird, wo jeder Kabinettwechsel auch jedesmal einen Wechsel der wirtschaftl. Richtlinien zur Folge hat, kann überhaupt von einer wirtschaftlichen Gestaltung des Landes keine Rede sein.

Finanzen.

Wenn man sich den einzelnen Gebieten des lettlandischen Wirtschaftslebens zuwendet, so findet man überall dasselbe traurige Bild: Die Finanzlage wird von Tag zu Tag schlechter. Während noch am 2. Mai an der Rigauer Börse das engl. Pfund = 1725—1750 und die Reichsmark = 7,50—7,60 lett. Rbl. notierte, war am 14. Mai der Stand der ausländ. Valuta bereits: Pf. St. = 1825—1850 u. Rbl. = 8,15—8,25 lett. Rbl., u. am 31. Mai 1875—1980 bzw. 8,00—8,10 lett. Rbl. Alle Maßnahmen des Finanzministeriums, um auf künstliche Weise den Kurs des lett. Rubels zu heben, haben nur ein Fiasko erlitten. Der seit dem 2. Mai an den lettlandischen Börsen notierte „Lat“ (in der Theorie = 1 Goldfrank), den noch nie ein Mensch gesehen hat und der in Wirklichkeit noch gar nicht existiert, soll — laut einer Verfügung des Finanzministeriums — künstlich als Grundlage aller Geschäftsbüchse angenommen werden. Die einzige Hoffnung des Finanzministers, den Stand der lettlandischen Valuta zu bessern und dadurch teilweise auch die wirtschaftliche Lage des Landes zu heben, besteht in der Gründung der Emissionsbank, zu welchem Zwecke mit einem erklachten ausländischen Finanzinstitut in Verbindung getreten werden soll, um das erforderliche Kapital zu beschaffen. Man ist jetzt in Lettland endlich zur Einsicht gelangt, daß das ausländische Kapital zum Wiederaufbau des Landes unbedingt erforderlich ist. Zwei Drittel der Aktien der Emissionsbank sollen sich in den Händen von ausländischen Kapitalisten und ein Drittel in den Händen der inländischen befinden, wozogen jedoch die Zusammenziehung der Bewirtung das angelegte Verhältnis aufweisen soll. Um allen innen- und außenpolitischen Eventualitäten vorzubeugen, soll der gesamte Goldfonds der lettlandischen Emissionsbank in einer großen ausländischen Bank deponiert werden. Ferner ist eine Reorganisation des Bankwesens, sowie die Wiederbelebung des Hypothekreditwesens vorgesehen. Auch von den dem Lande bisher nur zum Schaben gereichenden Monopolen soll in Zukunft teilweise abgetrennt werden. So ist z. B. geplant, das jeztige Flachsmonopol durch ein Exportmonopol auf Flachsbau zu ersetzen. Durch den hohen Stand der ausländischen Valuta ist Lettland momentan überhaupt nicht in der Lage, aus dem Ausland irgend etwas zu beziehen. Deutschland, das vor allen Dingen dabei in Frage kommt, droht infolge des auf den lettlandischen Börsen ständig steigenden Reichsmarkkurses ebenfalls bereits auszuweichen, und würde somit in Lettland den für das deutsche Wirtschaftsleben so notwendigen Absatzmarkt verlieren. Um diesen Mangelstand dauernd abzuhelfen, wäre es — nach Umständen möglicher — Geschäftleute — nur notwendig, an der Rigauer Börse eine Intervention von etwa 1 Million Reichsmark vorzunehmen, um den Kurs des lettlandischen Rubels im Laufe von kaum 14 Tagen von 8—9 Rbl. pro Reichsmark auf etwa 3 lettlandische Rubel zu heben, was dem lettlandischen Kaufmann die Möglichkeit geben würde, wiederum in Deutschland für viele Millionen Reichsmark Waren einzukaufen.

II.

Handel.

Der Handel ist immer noch so gut wie tot. Es mangelt an jeglicher Initiative. Viele großen ausländischen Unternehmungen, die sich vor mehr als Jahrzehnten in Lettland etabliert haben, können nicht mehr weiter bestehen und sind gezwungen, zu liquidieren. Wucher und Spekulation treiben immer noch äppige Blüten. Die Preise sind sehr hoch und stehen in feinerlei Verhältnis zu den Gehältern und Löhnen. Die Handelsbilanz ist gänzlich abnormal, mit einem äußerst starken Ubergewicht der Einfuhr. Alle Importrezessionen und Verbote haben die Lage bis jetzt nur noch verschlimmert. Trotz aller deutlichen Beweise der Zwecklosigkeit der angewandten Systems will die Regierung sich immer noch nicht zum völligen Freizahld bekennen. Auch die Freizahlsfrage schwebt immer noch in der Luft, ohne ein größeres Resultat zu zeigen. Die anfangs auf den Transkaukasien mit Russland getesteten großen Hoffnungen haben sich ebenfalls als nichtig erwiesen, da die diesbezüglichen Verhandlungen der lettisch-

russischen Kommission zu keinem Ergebnis führten und daß der gesamte russische Transithandel jetzt aber Revale geteilt wird.

III.

Industrie.

Nehlich steht es auch in der Industrie aus. Zur Inhabung der großen Betriebe fehlt es vor allen Dingen am erforderlichen Kapital. Das so erwünschte ausländische Kapital verhält sich aber immer noch recht zurückhaltend und abwartend. Bis auf einige höhere Fabriken in Libau, die im Kriege verschont geblieben sind, arbeiten in Lettland meist nur Kleinbetriebe. Während die Zahl der vor dem Kriege auf lettlandischem Territorium befindlichen Unternehmungen 782 mit 93 343 Arbeitern betrug, gab es im Mai d. J. 970 Unternehmungen, aber mit nur 11 816 Arbeitern.

Neuerdings ist endgültig beschlossen worden, die große Rigaer Gummiabrik "Prowodnik" wieder in Gang zu bringen, was mit Hilfe französischer Kapitalisten geschehen soll und was wohl auch anderen ausländischen Kapitalisten den Anstoß geben wird, ihr Geld in Lettland anzulegen. Dadurch werden Tausende von Arbeitslosen in Lettland wieder zu Brot gelangen. Ueberhaupt ist die Zahl der Arbeitslosen in Lettland außerordentlich groß und durch die meist als Bettler aus Ausland heimkehrenden Flüchtlinge noch ständig im Wachsen begriffen. Zum Wiederaufbau der lettlandischen Industrie mangelt es aber durchaus nicht nur an den seinerzeit nach Rußland verschleppten Maschinen und Einrichtungen, sondern es fehlt auch vor allen Dingen an den erforderlichen Rohstoffen und an Kohle. Wohl müssen die lettlandischen Wälder zur Beschaffung des nötigen Heizmaterials herhalten, doch auf die Dauer ist das nicht durchführbar.

(Schluß folgt.)

Aus den Kolonien.

Elißabettal.

Am vorigen Sonntag, d. 11. 9., jäherte sich zum 50. Mal der Tag der Einweihung unserer hauptsächlich dank den Bemühungen des damaligen Elißabettaler Pastors Friedrich Schrend, des bekannten Verfassers der "Geschichte der deutschen Kolonien in Transkaukasien", erbauten stattlichen Kirche. Die Gemeinde hatte trotz der schweren Zeiten diesen Tag nicht unbeachtet vorübergehen lassen und sich daher zu einer bescheidenen Jubiläumfeier entschlossen. Die Zahl der geladenen Gäste war demgemäß auch nur eine überaus kleine. Dafür befanden sich aber unter diesen der Deutsche Gesandte in Georgien Herr Ulrich Kaufcher nebst Frau Gemahlin, der Gesandtschaftsrat Dr. Max Hesse, der Vize-Konsul Herr Th. Muth, die Privatsekretäre des Deutschen Gesandten Herr E. Grafhof, der selbst. Vorsitzende des Deutschen National-Rats Dipl.-Ing. M. Jaekel nebst Gemahlin, der Gymnasialdirektor a. D. Herr R. v. Haßa und noch einige illustre Vertreter des Deutschtums im Kaukasus, die es nicht verschmäht hatten, der Aufforderung zu der rein häuslichen Feier nachzukommen, wofür ihnen hier nochmals der lebhafteste Dank der Gemeinde ausgesprochen sei.

Ein gewöhnlicher Gottesdienst, während dessen der Kirchendirektor wiederholt sang, leitete das Fest ein. Die eindrucksvolle, der Bedeutung des Tages wohl angepaßte Predigt Pastor Bauer's erzeugte die nötige, würdige Stimmung, die auch in den nachfolgenden Stunden bei den Alten und den Jungen, bei den Großen und den Kleinen anhielt und so dem Tage die rechte Weihe verlieh. — Nach dem Gottesdienst, der um 10 1/2 Uhr morgens, sofort nach dem Eintreffen der oben genannten Gäste, begannen und über 1 Stunde gewährt hatte, begab sich jeder Bürger zum Mittagessen in seine Behausung, die Gäste aber zogen sich in die Familienkreise zurück, die sie liebenswürdig empfangen hatten. Nebenbei sei erwähnt, daß der Deutsche Gesandte und seine Gemahlin beim Bürgertag demnach abgelehnt waren, dessen galantes Haus schon so manchen vornehmen Angereisten beherbergt hat. — Nach dem Mittag erging man sich meist — die werthen Gäste taten ein Gleiches — in Gottes freier Natur, in Flur und Wald, und ließ den Frieden dort draußen, fern vom Lärm des Alltags, so recht nach gutem, altem Sonntagsbrauch auf sei-e rubebedürftige Seele einwirken.

Abends fand ein frugales Besperessen im Gemeinde-

hause, unter zahlreicher Beteiligung von Bürgern, zu Ehren des Tages und namentlich der Gäste statt. Um den ausgesprochen ländlichen Charakter dieses Besperessmahls nicht zu beeinträchtigen, war von jeglicher Ausschmückung des an und für sich wenig einladenden Raumes sowie der Tafel selbst abgesehen und städtische Art bei Aufmachung des Ganges, insbesondere aber was die Bedienung bei Tisch anlangt, gänzlich vermieden worden. Die Begrüßungsrede hielt einer der beiden Ausrichter des Festes, Herr Lehrer P. Büßli. Ihm antwortete der Herr Gesandte in schöner, schwungvoller, von Liebe zu seinen Stammesgenossen hier in so weiter Ferne getragener Rede, wobei er auf die in den verfloßenen 50 Jahren von der Gemeinde geleistete Kulturarbeit als auf das Fundament hinwies, auf welchem nun von Generation zu Generation das stolze Stockwerk über Stockwerk errichtet werden sollten, bis einst der stolze Bau deutschen kulturellen Volkens und Volkbringens in ähnlicher lebendiger Sprache zu dem Beschauber rede, wie die Kirche dort, deren Erbauung und Einweihung die Gemeinde heute in so rührender, erinnerungsreicher Weise festlich begehe. Damit aber, soweit die eigene Kraft nicht ausreichte, die erforderliche Hilfe von Freunden und Gönnern nicht ausbliebe, sollte die Gemeinde unablässig danach trachten, das volkliche und geistige Band, das sie mit dem Mutterlande verbindet, stets enger und fester zu knüpfen. — und wie das zu tun sei, auf diese Frage gab es nur den einen Bescheid: die Gemeinde müsse die deutsche Kultur u. immer wieder die deutsche Kultur hegen und pflegen in jeder Hinsicht, was natürlich durchaus nicht so viel heißen solle, als sei damit zugleich der Mißachtung der umgebenden Kultur, der Kultur des neuen Vaterlandes Georgiens, das Wort geredet. Die Rede schloß mit einem von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Glückwunsch an die Kolonie Elißabettal u. einem Hoch auf ihr weiteres, gesegnetes Fortbestehen. — In Veranlassung der Rede eines der nicht-deutschen Festteilnehmer aus den Kreisen der örtlichen Regierung, in welcher er auf das erspriehliche Zusammenarbeiten zwischen der Kolonie Elißabettal wie überhaupt den deutschen Kolonien in Georgien und der Verwaltung des Landes zu gegenseitigem Ruh und Frommen. (Es auf einen wichtigen Faktor in der Entwicklung der heimischen, der georgischen Kultur, der auch für die Zukunft bestehen bleiben sollte, hingewiesen worden war, hatte dann der Herr Gesandte noch ein zweites Mal das Wort ergriffen, um in angemessener Weise die Landesregierung hoch loben zu lassen, und war dieser Toast von der Festversammlung gebührend gewürdigt worden. — Die übrigen Herren Redner werden es dem Berichterstatter nachsehen, wenn er aus Rücksicht auf die Raumersparnisse der "R. Post" vor einer Wiederholung des Inhalts auch ihrer anerkannt interessanten Reden absteht. Dank sei auch ihnen für ihre wohlgemeinten Betrachtungen und Wünsche hiermit ausgedrückt. Der beste Dank unsererseits gilt aber doch dem Herrn Gesandten, der so trefflich unseren geheimsten Gedanken und Wünschen um allgemein verständlichen Ausdruck verpacken hat. — Während des Besperess trug der von Herrn Lehrer P. Büßli geleitete gemischte Chor mehrere schöne Lieder vor. Zum Schluß wurde ein Tanzgenuss gewagt, an dem auch die werthen Gäste teilzunehmen beliebt haben.

Montag in der Frühe erfolgte die Abreise der hohen Gäste, die hoffentlich durch die Eindrücke, die sie hier empfangen haben, nicht allzu sehr enttäuscht worden sind.

Ein Schelm nur gibt mehr als er hat!

Dekrete № 70

(v. 7. 9. 21)

des Revolutions-Komitees der Sozialistischen Sowjet-Republik Georgien, betr. Naturalsteuer auf Erzeugnisse des Weinbaus.

Zwecks Eröffnung von Erzeugnissen, die für den Warenkauf nötig sind, hat das Revolutions-Komitee der S. S. R. Georgien beschlossen, eine Naturalsteuer auf Wein einzuführen.

1. Die Gesamtsumme der diesjährigen Steuer auf Wein wird mit 500 000 Webro festgesetzt.

2. Die Höhe der Steuer wird für jede Weinbaurende Wirtschaft entsprechend der Fläche des Weinbaugartens und dem Ernteertrag in der betreffenden Gegend bestimmt.

Hierzu werden die Wirtschaften nach der Fläche der Weinbaugärten in 10 Gruppen und nach dem Ernteertrag in 10 Kategorien eingeteilt.

3. Die Steuerhöhe werden wie folgt normiert:

Pro Wirtschaft

bei einer Weinernte von 1 Deßj. in Webro's

Table with columns: Wenn die Fläche des Weinbaugartens in Deßj. beträgt, and rows for different wine yields (100, 125, 150, 175, 200, 225, 250, 275, 300, 325, 350) and corresponding tax amounts in Webro's.

4. Dem Volkskommissariat für Verpflegung steht das Recht zu, im Einvernehmen mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft, in denjenigen Siedlungen, welche an weinbaurende Unternehmen (винодельческие предприятия) angrenzen, statt des Weines die Steuer in Weintrauben, nach der Berechnung: 1 Pud festerer gleich 1 Webro Wein, zu erheben.

5. In anderen Rayons steht dem Volkskommissariat für Verpflegung das Recht zu, mit Einwilligung der Steuerzahler den Wein durch andere Erzeugnisse der Landwirtschaft nach genau ausgearbeiteten Sägen zu erheben.

6. Nach Klarstellung der tatsächlichen Weinernteausfichten bestimmt das Volkskommissariat für Verpflegung, zusammen mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft und der Zentralbehörde für Statistik, die Kategorie der einzelnen Rayons der Republik nach der Ernte, in Gemäßheit obiger Tabelle.

7. Die Bestimmung der Steuer für jede einzelne Wirtschaft ist Sache der "Revisionskommission zur Erhebung der Naturalsteuer, welche in dem Dekret über die Naturalsteuer auf Getreide vorgelesen ist.

8. Die Termine für die Ablieferung der Weinsteuer werden von dem Volkskommissariat für Verpflegung festgesetzt, wobei die Ablieferung nicht später als am 1. Dezember 1921 beendet sein muß. Diejenigen Steuerzahler aber, welche die Steuer in Weintrauben entrichten, sind verpflichtet, mit der Ablieferung der von ihnen geforderten Steuer sofort nach der Ernte zu beginnen.

Anmerkung. — Die von den Steuerzahlern abzuliefernden Produkte müssen durchaus guter Qualität sein.

9. Die von ihnen geforderte Steuer in Weintrauben, Wein oder anderen Erzeugnissen haben die Steuerzahler mit eigenen Mitteln an die festgesetzten Empfangsstationen (приемочные пункты) — Sowjetwirtschaften, Errichtungskontore (заготовконторы), Depots der Kooperative etc. — zu schaffen.

10. Wirtschaften mit einer Fläche von weniger als 1/2 Deßj. bei einer Ernte von weniger als 150 Webro pro Deßj. und bis zu 1/4 Deßj. bei einer Ernte von weniger als 125 Webro Wein sind von der Besteuerung befreit.

11. Die Durchführung vorstehenden Dekrets liegt dem Volkskommissariat für Verpflegung ob, dem das Recht zugestanden wird, sich als notwendig erweisende Verfügungen, Erklärungen und Instruktionen vor sich aus zu erlassen.

12. Bürger, welche die Steuer nicht zum Termin entrichtet haben, desgleichen diejenigen, welche im Zusammenhang mit der Steuer falsche Angaben machen, werden zur persönlichen und vermögensrechtlichen Verantwortung im Verwaltungsvorfahren gezogen.

Nachschrift der Redaktion. — Die Dekrete: Nr. 71, betr. die Naturalsteuer auf Kartoffeln und Gemüse, Nr. 72, betr. die Naturalsteuer auf Getreide, Nr. 73, betr. die Naturalsteuer auf Milchprodukte, alle 4 Dekrete vom nämlichen Datum (7. 9. 21) werden wir in den nächsten Nummern nach Maßgabe der Raumverhältnisse nacheinander veröffentlichen. Den russischen Text dieser Dekrete finden die Leser in den Nr. 159 160 u. 161 der "Pravda Sibirii", vom 11., 13. u. 14. 9. 21.

Herausgeber: Der Z. B. des Verbandes der transf. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Zujajeff, im Auftrag des Redaktionskomitees.